

Rüdiger Klasen
Wittenburger Str.10
19243 Püttelkow

29.05. 2014

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Ihr Schreiben vom 30.04.2014 (Posteingang 05.05.2014)
Ihr Aktenzeichen: R B 2 zu AR - RB 227/2013

LKA 551-0451/2014

Zurückweisung unbegründeter Vorhalt mit OWi- Angebot mit Verweis offener Strafantrag/ Strafanzeige und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Polizeidiensteten wegen pers. Beleidigung, Nötigung, Erpressung, falsche Verdächtigung, Verletzung meiner Persönlichkeitsrechte, Grundrechteverletzung/ Menschenrechtsverletzung
Protokoll Teil A und B – Dienststelle Geschäftszeichen: 140330-1305-255938
Dir3ZA/EHu 1- Zug der Sonderpolizei pers. Dienstnummern der betr. Bediensteten: 10557, C 1123, 37901 + ein Herr Irrgang

Sehr geehrter Herr Dr. Esposito, sehr geehrte Damen und Herren.

Danke für Ihre o.g. dezidierte Stellungnahme bzgl. der Zuständigkeit Ihres Ministeriums. Mir sind die Zuständigkeiten auf der Länderebene bekannt und werden auch eingehalten genutzt.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz - Abteilung Rechtspflege und die Abteilung II Strafrecht sind zuständig in folgenden Zusammenhängen:

Auszug Zuständigkeit: „Die Abteilung II Strafrecht befasst sich mit den **Normen unserer Rechtsordnung**, die bestimmte Handlungen verbieten und unter Strafe stellen oder mit Geldbuße belegen. Das sogenannte Kernstrafrecht findet sich im Strafgesetzbuch. Dazu gehören etwa Mord und Totschlag, Raub und Diebstahl, Beleidigung, aber auch Straftatbestände, die **Angriffe auf die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland** unter Strafe stellen, wie Hochverrat oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, oder auch bestimmte Wirtschaftsstraftaten.“

Dazu wird festgestellt: Angriff auf die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland:

Es bestehen aber leider offenkundige Befangenheiten der betr. Justizorgane, Staatsanwaltschaften, Gerichte und (Justiz-) Ministerien der Länder durch illegale, interne Dienstschulungen/ Weisungen zum Umgang mit Beschwerdeführenden Bürgern durch den BRD- Inlandsgeheimdienst *Verfassungsschutz* und den involvierten Innenministerien der Bundesländer.

Verweis auf die im ZDF (ZDF.info) veröffentlichte interne Dienstschulung des BRD Inlandsgemeindienstes *Verfassungsschutz*

Titel: Der Staat bin Ich – Sendung

<http://www.candoberlin.de/neues/>

Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“

Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“

Quellerverweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden. Dabei wird offen zu Verstößen gegen die Normen unserer Rechtsordnung und Grundrechteverletzungen aufgerufen, geschult und die Verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zerstört. Das ist ein direkter Angriff auf die Sicherheit des deutschen Staatsvolkes als tragende Säule der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Kriminalprävention ist berührt.
(Verweis meine Strafanzeigen/ Strafanträge vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene – u.a. Ihr Ministerium.

Ich sehe mich daher zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

Persönliche Erklärung:

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch

gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel. Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

Allgemein besteht heute der offenkundige Verdacht der Befangenheit ALLER BRD- Behörden durch die politisch rechtsideologisch motivierten Schulungen /Weisungen des BRD Inlandsgeheimdienstes *Verfassungsschutz* und der involvierten Innenministerien der BRD-Bundesländer.

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.

Alle Behörden – insbesondere auch Justizbehörden wie die Staatsanwaltschaften, Gerichte und (Justiz-)Ministerien der Länder können durch die aufgeführte geheimdienstliche Tätigkeit des BRD Verfassungsschutzes POTENZIELL infiltriert und befangen sein!

Es besteht daher leider auch die begründete Besorgnis der Befangenheit der Justizbehörden in Berlin durch diesen alarmierenden Straftatbestandkomplex des BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ und der eingebetteten Kriminalpsychologen und Bediensteten.

Die **Kriminalitätsbekämpfung** ist durch offenkundige Befangenheiten der Länderjustizorgane/ Justizministerien akut beeinträchtigt. Dadurch kommt es in Folge bereist bundesweit zum **Stillstand der Rechtspflege** u.a. durch Ignoranz und Bruch der gesetzlichen Normen des BGB, StGB, ZPO, GVG und des Grundgesetzes als höchste Rechtsnorm für die BRD. Unterlassung von Klärungs- und Ermittlungstätigkeiten, zu einer massiven Zunahme von Grundrechteverletzungen aller Art und zu chaotisch anarchistischen Zuständen in den betr. Verwaltungsorganen.

Es geht hierbei insbesondere auch um die Wahrnehmung der § Fachaufsicht Ihres Ministeriums.

Daher ist der Bund und damit das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz verpflichtet einzugreifen, damit die Sicherheit und Ordnung in Deutschland durch den Inlandsgeheimdienst *Verfassungsschutz* und der involvierten Innen- und Justizministerien der Länder nicht weiter untergraben, ausgehebelt, verletzt und gefährdet wird.

Deswegen sind die Beschwerden und Anzeigen der betroffenen Bürger durch Ihr übergeordnetes Ministerium ernst zu nehmen und im Einzelfall die Überprüfung im Sinne des Beschwerdeführers an die zust. Justizorgane der Länder weiterzugeben und fachlich zu überwachen.

Allgemeiner Hinweis bzgl. ev. Dienstwegüberschlag wegen offenkundiger Befangenheit der Länderjustiz.

Daher bin ich veranlasst Ihr Dienstvorgesetztes Ministerium über jede Straftat seitens betroffener Staatsanwaltschaften, Gerichte, (Justiz-) Ministerien der Länder zu unterrichten und zum Handeln zu veranlassen. Andere Ministerien sind ebenfalls zum Schutz der Bevölkerung einzuschalten. Ich bitte das bei meinen zukünftigen Schreiben an Ihr Ministerium zu beachten.

Ich danke für Ihr Verständnis in die allgemeine Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen
Rüdiger Klasen